

Deutscher Reichstag.

(Telegramm.)

© Berlin, 20. Dezember.

Die Kriegsgewinnvorlagen.

(Schluß aus Nr. 1291.)

Schiffer (nl.) empfiehlt die Entschliebung des Hauptausschusses, die sich gegen die übermäßigen und unlauteren Gewinne bei Kriegslieferungen richtet. Diese Entschliebung ist aus einem Initiativantrag Schiffer hervorgegangen. Der Redner hebt hervor, daß diese unreellen Kriegsgewinne scharf erfaßt werden müssen. Moralische und unmoralische Gewinne dürfen nicht gleich behandelt werden. Die Resolution ist eine notwendige Ergänzung der im Frühjahr zu erwartenden Gewinnsteuer. Die unreellen Gewinne wollen wir einfach konfiszieren. Der Rechtsatz ist nicht neu, das preussische Landrecht enthält ihn, das bürgerliche Recht des Reiches hat ihn nicht übernommen. Jedenfalls ist jetzt Anlaß, ihn wieder aufzunehmen. Wie der Rechtsanspruch verwirklicht werden soll, ist nicht gesagt. Das Reich erhält einen Klageanspruch. Vielleicht wäre ein Verwaltungsstreitverfahren mehr angebracht. Aber mit einem theoretischen Klageanspruch allein ist es nicht getan. Es muß untersucht werden, ob von diesem Rechtsanspruch des Reichs Gebrauch zu machen ist. Das will meine Resolution anregen. In Frankreich hat man eine Kommission eingesetzt, vielleicht kommen wir zu einem ähnlichen Gebilde. Vorbereitungen sind ja schon vorhanden. Das Kriegsministerium und wahrscheinlich auch andere Behörden haben mit Revisionen begonnen. Das muß also weiter ausgebaut werden. Auch die Justizverwaltungen der Einzelstaaten müssen Mitteilungen über einschlägige Fälle machen, auch die Presse hat schon manche Fälle mit Namensnennung veröffentlicht. Allen den zweifelhaften Fragen nachzugehen, sie einem sorgfältigen Struktinium zu unterwerfen, fällt mir nicht ein; mag man sie laufen lassen. Das Wesentliche ist, daß das Volk nicht sagt, die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen. Der Antrag sagt: „Unter voller Wahrung der Interessen des realen Geschäftsbetriebs.“ Wir haben diesen Satz an die Spitze gestellt, um zum Ausdruck zu bringen, daß diese realen Interessen durch unser Vorgehen in keiner Weise berührt werden sollen. Wir haben dafür volles Verständnis. Wir stimmen nicht ein in das Geschrei gegen alle hohen Preise und hohen Gewinne. Das Motiv zu diesem Geschrei ist nicht immer ein rein ideales. Es gibt Leute, bei denen die Empörung über hohe Kriegsgewinne nicht viel mehr ist als der Ärger darüber, daß sie nicht selbst gemacht haben. (Zustimmung.) Andere können überhaupt nicht sehen, daß Geld verdient wird. Wir wissen, daß hohe Preise nur zu oft der Niederschlag gesteigerter Produktionskosten sind, steigrender Änderungen der Geschäfts- und Fabrikeinrichtungen. Hohe Preise und auch hohe Gewinne haben durchaus nicht immer etwas Anstößiges. Wir brauchen den Unternehmergeist (Beifall), den Wagemut, der auch ein großes Risiko auf sich nimmt, den Anreiz zum Scharfsinn, die Übernahme von Gefahren. An diesen Grundlagen rütteln wir nicht. (Beifall.) Im Gegenteil, wir sprechen den Dank aus für das Gesehete, wir rücken von denen ab, die ganze Berufszweige angegriffen haben. Wir wollen nur die einzelnen fassen, die sich am ganzen Volk veründigten. Ich hoffe, wir werden einig sein und mit uns die übergroße Mehrheit unseres ganzen grundehrlichen und anständigen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Lisco: Gegen den Gedanken, übermäßige oder unlautere Kriegsgewinne durch Erzwingung der Herausgabe oder Geltendmachung eines Schadenersatzes für die Reichsfinanzen nutzbar zu machen, ergeben sich bei näherer Prüfung sehr erhebliche Bedenken, wahrscheinlich wäre eine übergroße Zahl von Anzeigen zu erwarten. Dadurch würde der geschäftliche Wagemut entschieden gehemmt. Wir haben allen Anlaß, auf die Leistungen von Landwirtschaft, Handel und Industrie stolz zu sein (Beifall) und sie weiter anzuspornen, als sie jetzt etwa zu hindern. Es sind unzweifelhaft hohe Gewinne gemacht worden, die wohl verdient waren. Wo liegt die Übermäßigkeit? Wer soll sie bestimmen? Nach den Umständen mögen sie gerecht gewesen sein, und doch wird der eine unlauter nennen, was der andere als gerechtfertigt ansieht. Die Anstellung der Untersuchungen würde unausführbar sein. Je weiter man sich in das Problem vertieft, desto größer erscheinen die Schwierigkeiten. Bei aller Sympathie für den Antrag erscheint es mir zweifelhaft, ob man diesen Gedanken gesetzgeberisch erfassen kann. Würde sich ein Gesetzentwurf ausführen lassen, so werden sich vielleicht ganz andere Folgerungen ergeben, als wie sie erwartet werden.

Stellvertretender preussischer Kriegsminister v. Wandel: Die Militärverwaltung ist durchaus nicht etwa der Ansicht, daß die Zahl der unreellen Industriellen oder Kaufleute, die an Heereslieferungen beteiligt gewesen sind, besonders groß gewesen sei. Industrie und Handel haben sich mit durchaus angemessenen Preisen bei den Lieferungen betätigt. Es kann sich daher immer nur um Ausnahmefälle handeln. Bei der Vergebung der Lieferungen in den ersten Monaten des Krieges, als der Bedarf ungeahnt groß war und sehr schnell gedeckt werden mußte, blieb uns nichts anderes übrig, als recht hohe Preise zu bewilligen, damit wir die notwendige Ausrüstung des Heeres überhaupt rechtzeitig bekamen. Nach und nach haben wir die Preise immer mehr heruntersehen können und sind den Fällen nachgegangen, in denen anscheinend zu hohe Preise gefordert worden waren. Auf diesem Gebiete sind gute Erfolge erzielt und eine erhebliche Zahl von Millionen sind dem Reiche erspart worden. Was als übermäßiger Gewinn zu bezeichnen ist, ist schwer festzulegen. Ein Fabrikant verdient eben mehr an derselben Ware als ein anderer, weil er bessere Maschinen hat, die Rohstoffe billiger gekauft hat usw. Diesen Mehrgewinn kann man doch aber unmöglich als unreell oder unlauter bezeichnen. Ähnliche Gesichtspunkte werden sich, wenn man den Tausenden und aber Tausenden von Lieferungen auf den Grund gehen wollte, herausstellen. Zu bestimmen Resulaten zu kommen, wird außerordentlich schwierig sein. Außerdem erscheint es mir auch recht zweifelhaft, ob überhaupt erhebliche Beträge herauskommen werden. Man kann doch nicht verlangen, daß alle die vielen Stellen, die überhaupt mit Lieferungen betraut worden sind, Listen über diese Lieferungen aufstellen, und daß dann jede einzelne Lieferung geprüft wird, ob die Preise angemessen gewesen sind oder nicht. Das würde Duzende von Jahren erfordern. Wo uns besonders eklatante Fälle zur Kenntnis gekommen sind, muß ihnen nachgegangen werden. Wir dürfen bei Industrie und Handel nicht den Eindruck erwecken, daß jeder, der mit einem gewissen Risiko die Lieferungen übernommen hat, nachträglich vor ein Forum geschleppt und zur Verantwortung für die Höhe seiner Preise gezogen wird, sonst würde sich niemand mehr einschließen, sich bei Heereslieferungen zu betätigen. Daher möchte ich dringend bitten, bei den Maßnahmen, die hier beschlossen werden sollen, vorsichtig zu sein.

Gröber (Ztr.): Mit dem Strafverfahren werden wir nicht zum Ziele kommen. Während der ganzen Kriegszeit haben wir mit ihm schlechte Erfahrungen gemacht. Wo sind denn die vielen Wucherfälle in der Nahrungsmittelfrage? Wenn man als Ziel eines Strafverfahrens die Konfiskation einführt, kommen wir in Zustände wie in den schlimmsten Zeiten des sinkenden römischen Reiches. Die Vermögensziehung muß aus ethischen Gründen Nebenstrafe bleiben. Wie kann man nachträglich eine Handlung für strafbar erklären, die zurzeit ihrer Begehung straflos war? Da sich das Deutsche Reich durch den Weltkrieg in eine Notlage gestellt sah, war wegen des Wucherparagraphe eigentlich jedes Geschäft mit ihm gefährlich. (Heiterkeit und Beifall.)

Soch (D.): Wem sollen die materiellen Kriegskosten auferlegt werden? Dem arbeitenden Volk darf auf keinen Fall noch etwas aufgebürdet werden. Darüber muß sich der Reichschatzsekretär bereits klar sein.

Schatzsekretär Dr. Helfferich: Der Vorredner hat zwar sehr eindringlich und überzeugend gesprochen, aber nur für solche, die meine Ausführungen nicht gehört haben. Als ich seine Ausführungen hörte, hätte ich fast angenommen, er verwechsle mich mit einem andern. Mit allem, was er gesagt hat, hat er an dem, was ich gesagt habe, vorbeigeredet. Nach seinen Ausführungen schien es, als ob ich die größte Beunruhigung unter die Arbeiter getragen hätte. Nein, Herr Abgeordneter, Ihre Ausführungen sind es, die die Beunruhigung wachrufen müssen, als ob die notwendigsten Lebensmittel durch indirekte Steuern belastet werden sollen. (Sehr richtig!) Mit keinem Wort habe ich davon gesprochen. Das einzige, was bisher feststeht, die sogenannte Kriegsgewinnsteuer, bedeutet auf Grund des Programms, wie ich es bisher entwickelt habe, im Grunde doch nichts anderes als eine außerordentlich erweiterte, verschärfte Reichsvermögenswachsteuer. Es ist nicht eine indirekte, sondern eine Besitzsteuer kat'exochen, eine sehr scharfe Besitzsteuer, wie sie in dieser Ausdehnung als Kriegsteuer in keinem der kriegsführenden Länder bisher durchgeführt worden ist. Von den Steuern, die kommen werden, ist eine ganz gewaltige, ausgedehnte, mit scharfen Steuerfäden versehene direkte Besitzsteuer das einzige, was heute vor dem Plenum steht. Im übrigen ist es sicher, daß wir sowohl während des Krieges, wie erst recht nach dem Kriege, nicht aus einer einzigen Steuerquelle alles das befriedigen können, was befriedigt werden muß. Und ich habe auch zum deutschen Arbeiter das Vertrauen, das der Abg. Hoch nicht zu haben scheint, daß er sich diesen Staatsnotwendigkeiten nicht entziehen wird, daß er ebenso, wie er mitgekämpft hat im Schützengraben neben seinem Unteroffizier und Leutnant, auf finanziellen Gebiet mitkämpfen wird für das Vaterland. (Lebhafter Beifall.) Die Versicherung kann ich Ihnen allerdings geben: an die notwendigsten Lebensmittel werden wir nicht herangehen, zumal nicht während des Krieges. So klug sind wir selber. Wir haben bisher gerade diejenigen Abgaben, die den Unterhalt des armen Mannes